

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM. monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, voraussetzend Eingabe
 Nummern 10 Wk. Vorbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Sendung ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Zücher-
 mail, Holland, Bayern, Schweden
 und die Schweiz. Sendungen in die
 20.000-Vertriebsstellen.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1 die festgesetzte Anzeigen-
 zeile 20 Wk. „kleine Anzeigen“,
 das festgesetzte Wort 20 Wk. (zu-
 lässig 2 festgesetzte Wörter, jedes
 weitere Wort 10 Wk. Stillschweigen
 und Schließelangelegenheiten das erste
 Wort 10 Wk., jedes weitere Wort 5 Wk.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Kreuzweganzeigen 20 Wk.
 Familien-Anzeigen 20 Wk.
 Politische u. gewerkschaftliche Anzeigen
 40 Wk. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer zahlen bis
 5 Uhr morgens im Hauptredaktion.
 Berlin SW. 26, Lindenstraße 3, ein-
 gegeben werden. Geschäfts von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 20. Dezember 1917. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 151 90—151 97. | Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 151 90—151 97.

Aufstand der Ukraine gegen die Bolschewiks.

Ultimatum der Volksbeauftragten gegen die Ukraine.

In der Ukraine flammte plötzlich in gefährlicher Breite der Aufstand gegen die bolschewistische Regierung auf. Doch sie ein schwerer Fall ist, ist zu erkennen aus einer Kundgebung des Rates der Volksbeauftragten, die soeben ergangen ist und von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet wird. Diese Kundgebung gesteht dem Recht der Selbstbestimmung der russischen Fremdvölker die weiteste Geltung zu, steckt ihm aber gegenüber der Revolution Grenzen. Sie hängt aufs engste zusammen mit der Gegenrevolution Kaledins, die in der Ukraine eine weitgehende Duldung und Unterstützung erfahren hat. Der Rat der Volksbeauftragten ist entschlossen, den Bürgerkrieg in aller Form gegen die Ukraine zu proklamieren, sofern sie nicht Zusicherungen gibt, die eine Fortsetzung jeder gegenrevolutionären Beihilfe ausschließen. Die Kundgebung ist ein kurzfristiges Ultimatum und beginnt mit folgendem Hinweis:

Im Interesse der Einheit und Brüderlichkeit der im Kampfe für den Sozialismus bebrüteten und ausgebeuteten Massen der Arbeiter und Angehörigen dieser Grundzüge durch viele Entschuldigungen der revolutionären Vertretungen der Demokratie, der Sowjets, besonders des ersten Kongresses der Sowjets aus ganz Russland, und der sozialistischen Regierung Russlands bestätigt der Sowjet der Volksbeauftragten das Recht aller durch die Zarenherrschaft und das Bürgerium unterdrückten Völker des großen Russlands auf freie Entwicklung, einschließlich ihres Rechtes, sich von Russland zu trennen. Daher erkennt der Rat der Volksbeauftragten die Republik des ukrainischen Volkes, sowie ihr Recht auf vollständige Trennung von Russland und auf den Beginn von Verhandlungen mit der russischen Republik über ihre gegenseitigen Beziehungen, seien es solche eines Bündnisses oder andersartige. an. Die nationalen Rechte und die Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes werden von dem Rat der Volksbeauftragten ohne Einschränkung und bedingungslos anerkannt.

In dieser Erklärung des Rates der Volksbeauftragten heißt es weiter:

Die Rada der Ukraine hat sich herausgenommen, Truppen des Sowjets, die in der Ukraine standen, zu entlassen. Die Rada unterstützt eine Verschwörung gegen die Regierung der Sowjets. Indem sie sich auf die, übrigens nur angeblichen, Selbstständigkeitsrechte des Don- und des Kuban-Gebietes beruft und so die revolutionärsfeindliche Erhebung Kaledins deckt, indem sie sich den Interessen und der Aufforderung der ungeheuren Mehrheit der bedrückten Kosaken widersetzt, öffnet die Rada den Truppen Kaledins den Weg durch ihre Gebiete. Indem sie anderen Truppen den Durchzug verweigert und sich auf die Seite eines schimpflichen Verrates an der Revolution schlägt und sich ansieht, die schlimmsten Feinde sowohl der Unabhängigkeit der Völker Russlands als der Regierung der Sowjets, die Feinde der arbeitenden und ausgebeuteten Massen, die Kadetten und die Anhänger Kaledins, zu unterstützen, würde die Rada und zwingen, ihr ohne Zögern den Krieg zu erklären, selbst dann, wenn die ukrainische unabhängige bürgerliche Republik bereits von der Vertretung der Obersten Staatsgewalt förmlich anerkannt wäre.

Rummehr legt der Rat der Volksbeauftragten angesichts aller oben angeführten Umstände den Völkern der ukrainischen und der russischen Republik folgende Fragen vor:

1. Wird die Rada sich verpflichten, auf jeden Versuch, die Front anzulösen, zu verzichten?
2. Wird die Rada sich verpflichten, ohne Zustimmung des Chefs der Obersten Heeresleitung keine Truppenteile durchziehen zu lassen, die in der Richtung auf den Don, nach dem Ural oder nach anderen Orten marschieren?
3. Wird die Rada sich verpflichten, jeden Versuch, Regimenter der Sowjets und der Roten Garde in der Ukraine zu entlassen, einzustellen, und wird sie die diesen weggenommenen Waffen sofort zurückgeben?

Die Kundgebung schließt:
 „Halt nicht binnen 48 Stunden eine zufriedenstellende Antwort gegeben sein sollte, wird der Rat der Volksbeauftragten die Rada als im Zustande offenen Krieges gegen die Macht der Sowjets in Russland und der Ukraine befindlich ansehen.“

Doch eine Antwort, die als eine Anerkennung der gestellten Bedingungen gelten könnte, nicht erfolgen wird, geht aus den Nachrichten hervor, die inzwischen aus Südrussland einlaufen. Es ist bezeichnend, daß das Reutersche Bureau sie übermitteln. Die Quelle der Orientierung. Wenn diese Meldungen zutreffen, ist die Gegenrevolution im Süden Russlands in vollen Flammen aufgeblüht.

Die Gegenrevolution der Ukraine.

Petersburg, 19. Dezember. (Reuter.) Die ukrainische Rada erklärte in einem Aufruf an die Bevölkerung die Ukraine zu einer demokratischen Republik, die einen Teil der neuen allrussischen Bundesrepublik bildet. Die Ukraine besteht danach aus den Gouvernements Kiew, Podolien, Poltawa, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Jekaterinoslaw, Cherson, Tauris ohne die Krim, Kurland, Cholm und Woronesch. Die Kosaken befehlen den Ostteil des Gouvernements Woronesch.

Nach den letzten Berichten aus Odessa befehlen ukrainische Truppen das Arsenal, die Telegraphenämter und die Telephonämter; auch das Stadttheater ist im Besitz der Ukrainer. Die Bolschewiks beherrschen noch den Hafen.

London, 19. Dezember. (Reuter.) Der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß die Ukraine sich Kaledin angeschlossen hat und sich mit Sibirien und dem Kaukasus zu verbinden trachtet.

Petersburg, 19. Dezember. (Reuter.) Die Ukrainer entwarfen die maximalistischen Truppen und vertreiben sie aus dem Gouvernment Kiew und der Stadt Konotop. (?)

Amsterdam, 19. Dezember. Reuter meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Der Bürgerkrieg breitet sich längs der Wolga nach Norden und von Astrachan bis Samara aus. Astrachan ist im Besitz der Bolschewiks. Es wird aber gemeldet, daß gestern die Kosaken nur mehr 20 Kilometer von der Stadt entfernt waren. Wahrscheinlich hat der Kampf bereits begonnen. Die Bolschewiks verfügen über zahlreiche Maschinengewehre, haben aber fast keine Geschütze, während die Kosaken leichte Feldgeschütze haben. In Jarzgin beherrschen weder die Bolschewiks noch die Kosaken die Lage. Beide wurden durch Anhänger Illiodors geschlagen. Von Orenburg rückt der Kosakenführer Dortow gegen Samara vor.

Bolschewiki und Konstituante.

Stacholm, 18. Dezember. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Den „Politiken“ wird über die Wahlen der Konstituante aus Petersburg gemeldet: Bisher sind die Resultate von 237 Wahlen eingelaufen worden. Nach diesen Meldungen sind gewählt: 85 Bolschewiki, 115 Sozialrevolutionäre, wovon mindestens der vierte Teil linksradikal ist, ferner 21 den vorgeschlagenen Sozialrevolutionären nahestehende Kandidaten, 1 Internationalist, 10 Kadetten und 4 den Kadetten nahestehende Männer. Bisher wurden etwa 600 Wahlen vorgenommen, die aber zumeist noch nicht offiziell festgestellt sind.

Die Konstituante wird voraussichtlich nach Wochenablauf eröffnet werden. Die rechtsstehenden Parteien treten wahrscheinlich selbständig zusammen und die Linke mit der Sowjet-Exekutive bildet vielleicht den Sowjet. Auch eine Auflösung der Konstituante ist möglich. Die Petersburger Garnison und der Arbeiterrat wollen die Macht nicht der Konstituante überlassen. Das Klassenbewußte Proletariat teilt nicht die in den Landbezirken herrschenden Illusionen über die Konstituante. Die Lage ist kompliziert.

Bisher sind nur wenige Kadettendeputierte verhaftet. Die vorstehende Darstellung, welche die Erklärungen des Volkskommissars Wright wiedergibt, weist auf die baldige Verschärfung des Terror-Regimes hin.

Wie groß die Schwierigkeiten sind, die den Anfängen der kommenden Konstituante drohen, geht aus Wrights Meinung hervor, es sei wahrscheinlich, daß der rechte und der linke Flügel nicht gemeinsam tagen werden. Der rechte Flügel werde gesondert zusammentreten, der linke mit dem Exekutivkomitee zusammen einen Konvent bilden.

Petersburg, 18. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 18. Dezember fand die Eröffnung einer Tagung der Bauern, die wenig oder keinen Landbesitz in Ostland haben, statt. Es sind 150 Abgeordnete eingetroffen. Die politische Stellungnahme ist ausgesprochen bolschewikifreundlich.

Angst vor dem russischen Sonderfrieden.

Haag, 19. Dezember. Die „Westminster Gazette“ fordert, daß man Russland nicht seinem Schicksal überlasse, da es sonst keinen anderen Weg habe, als einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

Der agrarische Gegenangriff.

Nach dem ersten verlegenen Schweigen über die bloßstellenden Enthüllungen der Neuföllner Denkschrift hat der agrarische Gegenangriff eingesetzt. Man hat hinter den Kulissen beraten und Taktik und Methode des Angriffs festgestellt. Für wie wichtig man es in diesen Kreisen erachtet, den peinlichen Eindruck der Neuföllner Darlegungen abzuschwächen, dafür legt Zeugnis ab die „Deutsche Tageszeitung“, die zwar noch immer nicht den Text der Denkschrift, auch nicht im beabsichtigten Auszug veröffentlicht, dafür aber binnen zwei Tagen vier Artikel gegen diese ihren Lesern unbekannt Denkschrift absetzt.

Das Kriegsgeheiß, mit dem die konservativ-agrarische Presse die sprechenden Angaben der Neuföllner Denkschrift überhöhen will, lautet etwa folgendermaßen: „Nicht das System Waldow ist zusammengebrochen, sondern das System des Staatssozialismus, das die Arbeiter gefordert haben, hat Bankrott gemacht. Alles, was die Neuföllner Denkschrift enthält, sind die russische und Schattenseiten des sozialistischen Systems. Wir, die Konservativen, haben immer davor gewarnt. Nur die Wiederherstellung des freien Handels, die Abschaffung aller Zwangsmahregeln kann uns retten.“

Wenn die Sache nicht so ernst und folgenschwer wäre, man möchte den Herren ihren Wunsch erfüllen, nur um sie einmal gründlich ad absurdum zu führen. Die Folgeentwicklung nach Aufhebung der Zwangsverwaltung läßt sich ohne Phantasie leicht ausmalen: die jetzigen Wucher- und Schleichhandelspreise werden die Normalpreise auch für die bisher rationierten und unter Höchstpreise gestellten Lebensmittel. Für ein vierfüßiges Brot zahlt man 5 M., für ein Pfund Fleisch 8—10 M., Butter kostet 20 M., das billige Gemüse pro Pfund 0,50—1 M., Kartoffeln 15—25 Pf. das Pfund usw. Diese Preise gelten dann allgemein, für billigeres Geld ist auch nicht eine Krume mehr zu haben.

Weitere Folge: Da die Landwirtschaft an ihren Produkten enorm verdient, hat auf dem Lande kein Erzeuger nötig, sich irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen. Er draudt nur einen Teil der Produkte zu verkaufen, um Geld in Gülle und Gülle zu haben, daneben kann er mit Familie sich satt essen und trinken wie in Friedenszeiten. Dagegen in der Stadt: Reiche Leute leben im Ueberfluß. Da das Hamstern ja nun nicht einmal mehr verboten und gefährlich ist, hat jeder Millionär und Kriegsgewinner Küche und Keller voll Schinken und Speckseiten, die ihm der „legitime Handel“ beforzt hat. Der mittlere Teil der Bevölkerung hilft sich mühsam und kümmerlich durch, indem er sein ganzes Vermögen für Nahrungsmittel ausgibt, die große Masse aber hungert nicht nur, sondern verhungert buchstäblich. Nun aber wird sich niemand einbilden, daß sich 30 oder 40 Millionen verhungernde Menschen schweigend in eine Ecke setzen. Male man sich ihren Protest wie man will; wie hätten binnen noch nicht vier Wochen in Deutschland die völlige Katastrophe, den Zusammenbruch gründlicher als in Russland und damit die deutsche Niederlage, den totalen Verlust des Krieges. — Wenn es nicht diesen Preis kostete, man möchte wahrhaftig einmal auf vier Wochen das Experiment mit dem freien Handel machen, nur um den Herren von der „Deutschen Tagesztg.“ ein für allemal den Mund zu stopfen.

Nun aber zu dem Vorwurf, der Staatssozialismus hätte Bankrott gemacht, denn das System Waldow sei nichts als die Fortsetzung des Systems Watoki, der auch nicht das staatssozialistische System erfunden hätte, sondern dem es von den Arbeitern aufgedrängt worden sei. Hierauf hat schon am Dienstag die „Tägl. Rundschau“, ein gewiß nicht des übermäßigen Sozialismus verdächtiges Blatt, die treffende Antwort erteilt, die schrieb:

„Ist es wirklich der Gedanke des Kriegsozialismus, der mit dem System Waldow zusammenbrach? Das System Waldow — wenn man da von System sprechen darf — war doch in Wahrheit getragen von heimlicher Gegnerkraft gegen den Kriegsozialismus. Es lief doch — nicht alles nur in allem — darauf hinaus, das System Watoki, das selbst ein immer noch sehr lächerliches, stückhaftes, darum unzulängliches und immer mehr verlegendes System von Kriegsozialismus war, noch lächerlicher und lächerlicher, also notwendigerweise noch unzulänglicher zu machen.“

Das trifft ins Schwarze. Um den ganzen Widerwillen eines Waldow gegen den Kriegsozialismus zu begreifen, den die Verhältnisse ihn zu machen zwangen, dem aber sein ganzes Denken und Empfinden gewohnheitsmäßigen Widerstand leisten mußte, denke man doch an folgendes: Die „Deutsche Zeitung“ entdeckt jetzt auf einmal die kolossal neue Wahrheit, daß eine Organisation, wie sie zur Lösung der Lebensmittelfragen erforderlich wäre, sich nicht aus dem Boden stampfen lasse. Sehr richtig, und besonders nicht, wenn man sie vorher in den Boden gestampft hat. Wie leicht Liebe sich jetzt die Lebensmittelverteilung vollziehen

Groß-Berlin

Anstaltskost in der Kriegszeit.

Das in Anstalten ebenso wie in Haushaltungen jetzt Schmalhans Küchenmeister ist, zeigt sich fürlich an dem Beispiel eines Krankenhauses.

Und der Berliner Frauenklub Herzberge liegt vor uns ein Speisenzettel, der in der Woche vom 12.-18. November d. J. für die Verköstigung galt.

Am Hungertuch nagen sie in Herzberge wirklich noch nicht. Aufpassen wird manchen besonders der Eierlegen dieses Speisenzettels.

Bei dem Essen des dritten Tisches läßt sich nicht nur Menge und Gehalt viel zu wünschen übrig. Als in der Anstalt Subkategorien einmal Nahrung im Essen gefunden wurden...

Kohlen für die Berliner Gasanstalten.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung teilt mit, daß in letzter Zeit erhebliche Gasabnahmen aus Westfalen und Oberschlesien für Berlin auf den Weg gebracht sind...

Kohlenbezug alleinstehender erwerbstätiger Personen.

Der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte G. V. hat die Kohlenabteilung der Kriegskommission in den Worten erklärt, das Kartensystem einzuführen...

Warmes Wasser an allen Tagen.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat die Bestimmungen über den Betrieb von Warmwasseranlagen, der bisher auf die Tage von Freitag bis Sonntag beschränkt war, dahin geändert...

Bezugsscheine für Zentralheizung und Warmwasserversorgung.

Beabsichtigt der Kohlenverband Groß-Berlin nach dem 1. April 1918 anzugeben. Zu diesem Zweck werden die Hausbesitzer im Stadtbezirk Berlin aufgefordert, sich von ihrer zuständigen Prokammer...

Kaffee-Ersatz in Groß-Berlin.

Auf dem Empfangsabschnitt der Kaffee-Ersatzkarte Nr. 7 kann jetzt in Groß-Berlin 1/2 Pfund Kaffee-Ersatz entnommen werden.

Arbeiten deutscher Zivilgefangener aus England.

Sind im Herrenhaus ausgestellt und können vom 19. bis 22. Dezember täglich von 10-6 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. besichtigt werden.

Über die preussische Wahlrechtsvorlage und die Frauenreferierten Walky Lepier, Regina Deutch und Minna Cauer in einer von der Groß-Berliner Ortsgruppe des preussischen Landesverbandes für Frauenstimmrecht veranstalteten Versammlung im Lehrervereinshaus.

Der veränderte Schneeschiff-Ersatz. Bekanntlich haben in der letzten Zeit Beratungen stattgefunden, um eine Verbesserung des unzulässigen Schneeschiff-Ersatzes durchzuführen.

Der Bund für Mutterchutz, Wilmerdorfer, Ullendorfer, 143, gewährt in seiner Sprechstunde (täglich von 10-1 Uhr, außer dem Dienstag und Freitag, abends von 7-9 Uhr) Schwangeren und Müttern, edelichen sowohl als unedelichen, wenigstliche Auskunft und Hilfe.

Die Badeanstalten Garten- und Wallstraße schließen am Heiligen Abend ihre Kassen bereits um 5 Uhr nachmittags. An den beiden Weihnachtsfeiertagen und am Neujahrstage bleiben die Anstalten ganz geschlossen.

Lichtenberg. Inangriffnahme der Schulfürsorge. Die Volksschuldeputation hat in ihrer letzten Sitzung zu einer für die Entwicklung des deutschen Schulwesens bedeutsamen Frage Stellung genommen.

Neußlin. Verkauf von Hülsenfruchtmehl und Teigwaren. Von heute bis nächsten Donnerstag dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldeung zum Bezug von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 77 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Hülsenfruchtmehl...

Die Massenverteilung. Der Preis in den Volksschulen beträgt jetzt für die Portion 50 Pf., für die halbe Portion 25 Pf., in der Mittelschule 70 Pf. und 35 Pf. für bedürftige Arbeiterfrauen werden auf einen im Militärbureau zu stellenden Antrag Speisekarten zu ermäßigtem Preise und zwar 30 Pf. für die ganze, 15 Pf. für die halbe Portion, ausgestellt.

Verlegung der Fleischverkaufstage. Wegen des Weihnachtsfestes findet morgen der Fleischverkauf für die laufende Woche sowie das Abfempeln der neuen Fleischkarten durch die Fleischverkäufer und am Sonnabend der Verkauf für die Weihnachtswoche, soweit Fleisch vorhanden ist, statt.

Schöneberg. Stempverteilung. Außer den für die Weihnachtswoche vorangemeldeten Lebensmitteln wird noch ohne Voranmeldung vom 20.-29. Dezember auf Abschnitt 85 der Rahrnittelkarte 100 Gramm Stimp verteilt.

Wilmerdorfer. Lebensmittel. Bis einschließlich Sonnabend, den 22. Dezember, werden auf Abschnitt A 100 Gramm Griesergras an abgegeben. Auf die Fleischkartenabschnitte der Weihnachtswoche (24.-30. Dezember) darf bereits von morgen an Fleisch entnommen werden.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Auf Abschnitt 63 gelangen heute 100 Gramm Gries zur Verteilung.

Kawawed. Lebensmittel. In sämtliche Schulkinder, deren Eltern in Kawawed ihren Wohnsitz haben, werden zum Weihnachtsfest 100 Gramm Schokolade zum Preise von 1,50 M. verteilt.

Er zwingt es nicht...

Es hat der Herr von Seydebrand ansonsten nicht gefaselt - nahm er den Flegel in die Hand, so hat die Wand gewackelt.

Und geht es wider den Verstand, die Kunde zu erfassen; es hat der Herr von Seydebrand das Dreschen unterlassen!

Wenn's auch dem Preußenohre klingt so fremd wie Esperanto - es ist nicht anders... Daß er's zwingt braucht er ein Dreschkommando.

Du lieber Staat, hör unser Flehn, dem Manne beizustehen - und schick ihm Leute, die verstehen mit Flegeln umzugehen!

Paulchen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tempelhof. Morgen abend 8 1/2 Uhr bei Müller, Berliner Straße 97, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Pagels über: „Unsere nächsten Aufgaben“; Beschlußfassung über die beantragte Beitragserhöhung.

Soziales.

Weihnachtsgeschenke.

Die Frage der Weihnachtsgeschenke ist mit dem kommenden Weihnachtsfeste wieder akut geworden. Für zahlreiche Angestellte ist es von wesentlicher Bedeutung, ob ein Rechtsanspruch auf die Gratifikation besteht oder nicht, und wenn er an sich besteht, ob auch dann, wenn das Dienstverhältnis vor Ablauf der Fälligkeit der Gratifikation sein Ende erreicht hat.

Aus dem Begriffe „Gratifikation“ und deren Zweck, den Angestellten in Anerkennung einer besonderen Dienstleistung eine außerordentliche Zuwendung außerhalb des formalen, fixen Gehaltsanspruches zu machen, um ihn dadurch zu erhöhtem Fleiß anzuapornen, folgt, daß im allgemeinen die Jubiläum der Gratifikation in das freie Ermessen des Prinzipals gestellt ist. Dieses freie Ermessen hat jedoch seine natürlichen Grenzen, falls besondere Verhältnisse vorliegen, die den Schluß zulassen, daß die Gewährung einer Gratifikation von beiden Seiten mit Sicherheit angenommen würde und sonach die Gratifikation als ein Gehaltsanteil, wenn auch besonderer Art, erscheint. Derartige Verhältnisse liegen z. B. vor, wenn bereits bei der Feststellung des Gehalts eine Gratifikation als Gehaltsanteil in Aussicht gestellt ist oder wenn die Gratifikation jahrelang ohne weiteres ausbezahlt wurde und die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen im allgemeinen gleichgeblieben sind, oder wenn sämtliche übrigen Angestellten ähnlicher Art eine Gratifikation zugebilligt erhielten und der Nichtberechtigten durch Leistung oder Führung hinter den Verhältnismäßig nicht wesentlich zurückblieb und damit nicht aus dem allgemeinen Verteilungsrahmen herausfiel. Das Reichsgericht hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß in Ermangelung besonderer gesetzlicher Bestimmungen die Voraussetzungen für die Entstehung des Anspruchs auf die Weihnachtsgeschenke dem einzelnen Dienstvertrag und dessen ergänzender richterlicher Festlegung gemäß den Grundbügen von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Verkehrssitte zu entnehmen seien. Nach der Auffassung des Reichsgerichts seien die Weihnachtsgeschenke keine reinen Freigeblichkeiten der Dienstberechtigten, deren Gewährung ihnen anbegehrt wird. Sie stellen vielmehr eine besondere Vergütung neben dem Gehalt dar, die insbesondere den Zweck habe, den Angestellten für das Ausdauern im Dienste zu belohnen und ihn zur Fortleitung der Dienste anzuapornen. Deshalb sei auch regelmäßig die Entlohnung des Anspruchs davon abhängig, daß der Angestellte bis Weihnachten im Dienste verbleibe. Der Prinzipal könne andererseits für Gewährung der Gratifikation dann nicht verpflichtet werden, wenn vor Weihnachten durch ein Verändern der Angestellten eine Sachlage geschaffen werde, die eine Abänderung des Dienstverhältnisses als billig und gerechtfertigt erscheinen lasse, und zwar auch dann, wenn die Abänderung erst zu einer Weihnachtsnacht nachfolgenden Zeit in Wirksamkeit trete, z. B. durch eine erhebliche Pflichterfüllung. Der Grund, der den Prinzipal zur Verweigerung der Gratifikation berechtige, bilde dabei nicht notwendig ein „wichtiger“ sei.

Wir haben im vergangenen Jahr bei einer Erörterung der hier behandelten Rechtsfrage auf zwei Urteile des Landgerichts Berlin II und des Kammergerichts verwiesen, in denen eine den Angestellten ungünstige Beurteilung zutage trat. Keine Urteile sind seitdem nicht zu unserer Kenntnis gekommen; wir geben daher diese beiden Urteile noch einmal in ihrem entscheidenden Teile wieder. Das Landgericht hat sich am 24. Januar 1916 - Aktenzeichen 20 S. VII 5 - auf den Standpunkt gestellt, daß ein nach fast 15jähriger Beschäftigung am 1. Oktober geschwener Dienstverhältnis keinen Anspruch auf teilweise Gewährung der Gratifikation begründe. Durch die allfällige Verwilligung der Weihnachtsgeschenke habe der Prinzipal keine Verpflichtung für die Zukunft übernommen. Andererseits aber auch hat das Landgericht ausgesprochen, daß, wenn ein rechtlicher Anspruch auf die Gratifikation gegeben gewesen sei, grundsätzlich auch das Recht bestünde, den der Beschäftigung im letzten Jahre entfallenden Teil der Gratifikation zu fordern. Nur wenn der Dienstverhältnisse durch sein Verhalten zur Auflösung des Dienstverhältnisses Anlaß gegeben habe, sei es nicht der Fall.

Das Kammergericht hatte in folgendem Falle zu entscheiden: Nach 23jähriger Dienstzeit war ein Vorkantener gestorben. Seine Erben forderten den auf die Zeit der noch im Jahre geleisteten Dienste entfallenden Anteil der ganzen Jahre hindurch gezahlten Gratifikation. Der Anspruch ist abgewiesen worden. Selbst wenn ein Kantener Recht auf die Gratifikation bestanden habe, liege hier kein Anspruch vor. Davon könne nur dann die Rede sein, wenn der Angestellte zur Zeit der Verteilung oder wenigstens der allgemeinen Verteilung der Gratifikation noch im Dienste sei, das entspricht dem Willen der Vertragsschließenden. Es gäbe nie einen Anspruch auf unteilbare Gratifikation, der davon abhängig sei, daß der Angestellte sich zur Zeit der Verteilung noch im Dienste befinde.

Das Butterpaket.

Humoreske von Karl Lütge.

„Ja — wie ich Ihnen schon sagte, Leder haben wir nicht mehr! — Wie? — Mal welche aufheben? — Ausgeschliffen, mein Lieber! Da gehen Ältere Verpflichtungen vor! Da — nehmen Sie nur Ihre Marken wieder!“

Verstohlen drückte er das Paket dem Wirt in die Hand... Der nahm es dankend und gerührt... So aufmerksam wie heute, war der Rentner Müller noch nie bedient worden...

Waffenstillstand.

Ein Lichtstrahl brach aus Osten, Der blutige Feld besonnt: Nun laßt die Waffen ruhen Und Ruhe an der Front!

zurück, um nun im Beistande mit der verhassten Nebenbuhlerin um Hannes Gunst zu werben. Und der Jüngling, in dem wir nach des Verfassers Absicht offenbar etwas wie ein einfaches, ja in gewisser Hinsicht großzügiges Naturkind sehen sollen...

Weisse Fahnen.

Von der Ostfront wird uns vom Anfang Dezember geschrieben: Die ganze Front erlärnt in lauterem Frost. Etwas Sämerei die schlafenden Felder. Grüne Saatfelder, wartend des nächsten Jahres, hoben ihre Farbe vertanzt; das Weiß hat das Grün bedeckt...

Hermann Effig: „Der Held vom Wald“.

Regl. Schauspielhaus.

Die jetzige Leitung des Regl. Schauspielhauses, dessen außerordentliches Repertoire jahreslang mit Vorliebe im Fahrenwasser des leicht konventionellen Lustspielgenres segelte, scheint sich aus der erstarrten Tradition nun doch herauszusehen. Viel Glück hat man bei solchen Experimenten einstweilen freilich nicht gehabt...

Notizen.

Der Messermaler. Das Messer sich zur Erreichung größerer oder neuer Ausdrucksmöglichkeiten an Stelle des Pinsels anderer Werkzeuge bedienen, ist zu verschiedenen Zeiten beobachtet. Am originellsten war in dieser Hinsicht zweifellos Luca Giordano...

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von H. Franck.

Da erhob sich der weilläufige Park des Schlöschens vor ihm. Dunkel, gespenstisch, mit schwarzen Baummassen, die wie Untiere am Boden hockten. Ohne zu wissen, was er tat, tastete er sich am Gitter entlang...

Er stand da, ohne zu wissen, was er tun sollte. Da kamen Schritte die Treppe herauf. Nun war er auf der Flucht. Ohne Besinnen hob er die Hand mit dem Messer und trat in die erste beste Tür ein.

Gewitter sein... es war so unerträglich schwül heute, tröstete das Mädchen, das sich Rainette genannt hatte und setzte sich ihr zu Füßen.

(Fortf. folgt.)

Das verkaufte Rumänien.

Honigmann und Jagore.

Der rumänische Sozialist Genoiße Kalotowski hat an die belgische Auslandsvertretung in Stockholm ein Schreiben gerichtet, in dem er sich zunächst gegen den blöden Vorwurf verwehrt, ein deutscher Agent zu sein, dann aber, den Spieß umdrehend, fortfährt: „Über man lese einmal die „Gromda“ vom 25. November. Da findet man bei der Publizierung der Geheimdokumente das folgende Diktandum: „Zu gleicher Zeit senden wir hierbei 3200 Franken für die Journalisten Honigmann und Jagore.“ Es sind dies die Namen von zwei außerst „patriotischen“ rumänischen Journalisten, Redakteuren des patriotischen Tagesblattes „Adeverul“, das die freche Kampagne, die man sich überhaupt denken kann, geführt hat, um Rumänien in den Weltkrieg hineinzuziehen! Sie waren übrigens nicht die einzigen. Die ganze kriegsfreundliche Presse Rumäniens hat das unglückselige rumänische Volk an die Gürtel verkauft!“

Brotrationierung in Frankreich.

Paris, 19. Dezember. (Havas.) Der Ernährungsminister erklärte im Senat, daß die Rationierung des Brotes unumgänglich wäre mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, aus den Vereinigten Staaten und Argentinien die monatlich notwendigen 4.800.000 Tonnen einzuführen, da der zur Verfügung stehende Schiffsraum nicht genüge, und sagte, er beklugte sich, Italien leghin Getreide abgetreten zu haben. Der Senat sprach ihm das Vertrauen aus.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 18. Dezember. Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England:

17.000 Br.-Reg.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete französische Dampfer „Jeanne Conicil“ (2300 T.) mit 200 Mann Besatzung, sowie zwei größere Dampfer, die im Kanal aus einem durch Zerstörer hart gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurden. Außerdem wurde an der französischen Westküste gegen den bewaffneten französischen Dampfer „Tegat“, der als Spionschiff eines von Westen kommenden durch Zerstörer und U-Boote stark gesicherten Geleitzuges fuhr, ein Torpedostreifer erzielt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Versenkung eines französischen Kreuzers.

Paris, 19. Dezember. (Havas.) Einer unserer alten Kreuzer „Chateau-Renaud“ (8000 T.), der zu Transporten im Mittelmeer benutzt wurde, ist am 14. Dezember morgens durch ein Unterseeboot torpediert worden und gesunken. Die Besatzung, durchweg Soldaten, sind gerettet worden, zehn Matrosen vom „Chateau-Renaud“ werden vermißt. Das deutsche Unterseeboot ist gerettet worden.

Wir erfahren hierzu: An zuständiger Stelle ist über die Begebenheit noch nichts bekannt. Es ist zu hoffen, daß sich auch in diesem Falle die Wahrheit über die Versenkung eines deutschen U-Bootes als eine Ententephantastie herausstellen wird.

Durch die Versenkung des französischen Panzerkreuzers „Chateau-Renaud“ sind die Kriegsschiffverluste der Entente seit Kriegbeginn nunmehr auf 300 Einheiten mit einer Gesamtverdrängung von 1.600.000 T. gestiegen. Dabei sind nicht mitgerechnet Hilfskreuzer, von denen 51 Fahrzeuge von insgesamt 388.000 Br.-T., und Hilfschiffe, von denen 28 mit 148.000 Br.-T., außer Torpedobooten und bewaffneten Fischdampfern vermißt wurden.

An dem Verlust der 300 Kriegsjahrzeuge sind beteiligt: England mit 177 Einheiten von 688.800 T., Frankreich mit 45 Einheiten von 100.000 T., Rußland mit 26 Einheiten von 91.340 T., Italien mit 25 Einheiten von 76.450 T., Japan mit 8 Einheiten von 26.875 T., Vereinigte Staaten, Portugal, Rumänien mit 8 Einheiten von 8351 T.

Die Gesamtkriegsschiffverluste der Entente erreichen nunmehr nahezu den Bestand der deutschen Flotte zu Beginn des Krieges. Sie betragen 1.010.417 T.

Der Fliegerangriff auf London.

London, 19. Dezember. (Neuermeldung.) Umficht. Aus den letzten Berichten geht hervor, daß 16—20 feindliche Flugzeuge an dem Luftangriff der letzten Nacht teilgenommen haben. Drei Gruppen von Flugzeugen überquerten die Küste von Kent zwischen 6.15 Uhr und 6.25 Uhr. Drei andere Gruppen kamen zwischen 6.10 und 6.45 Uhr über die Küste von Essex. Alle sechs Gruppen flogen nach London. Die meisten Flugzeuge wurden durch Geschützfeuer an verschiedenen Orten zur Rückkehr gezwungen, nur etwa fünf Maschinen erreichten zwischen 7 und 8 Uhr die Hauptstadt und warfen dort Bomben ab. Nachdem der Hauptangriff auf London aufgehört hatte, flog um etwa 9 Uhr noch ein einzelnes Flugzeug über die Hauptstadt.

Der Angriff auf den Monte Solarolo.

Italienischer Heeresbericht vom 17. Dezember. Seitern als am 7. Tage der Schlacht zwischen Brenta und Piave vereinigte der Gegner seine Anstrengungen fast ausschließlich auf den aus der Stellung vorrührenden Monte Solarolo. Vom Col del Orto bis zu den Zugängen des Salter schoben sich Infanterie-Soldaten nach einigen Stunden heftiger Artillerie-Vorbereitung von Nordwesten und Norden her zum Angriff gegen unsere Stellung in Marsch. Die vorderen Abteilungen rüdten auf den Abhängen am Südosthang des Monte Spinucio vor, wobei sie von Vortruppen unserer Artillerie und dem vereinigten wirksamen Feuer französischer Batterien erreicht wurden, so daß sie Halt machen und weichen mußten, bevor sie an unsere Linien herangekommen waren. Die nächsten Abteilungen einer Division, die nur aus deutschen Häusern bestand, an deren Spitze Sturmabteilungen schritten, rückten ihrem Marsch geradeaus und stießen auf den Monte Solarolo und auf dessen Abhängen im Norden des oberen Col del Orto. Unsere Truppen leisteten dem Gegner hartnäckigen Widerstand, welcher durch den erbitterten Kampf hart mitgenommen und geschwächt durch unsere Gegenangriffe seine Unternehmung einstellen und sich in seine Linien zurückziehen mußte, wobei er einige Gefangene machte und einige Maschinengewehre erbeutete. In der Gegend des Col Beretta wurde ein feindlicher Infanterieangriff durch unser Feuer glatt abgewiesen. Auf der übrigen Front hielt sich die Kampfintensität in ziemlich mäßigen Grenzen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Generaloberst von Eichen ist in Anerkennung seiner Erfolge als Oberbefehlshaber der 10. Armee und der nach ihm benannten

Stabsgruppe, deren Kampf wesentlich zur Herbeiführung der am 17. Dezember eingeleiteten Verhandlungen beigetragen haben, zum Generalfeldmarschall befördert worden.

Maßregelung eines Reichstagsabgeordneten.

Medienburgischer Uebermut.

Der medienburgische Landtag, der jetzt in Sternberg seine geheimen Sitzungen abhält, besteht natürlich in der Hauptsache aus strammen Vaterlandsparteilern. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Sivlovich, im Privatberuf Lehrer am Seminar zu Lüthjen, gehört aber nicht nur der „Hungerfriedensmehrheit“ an, sondern möchte auch, als wirklich fortschrittlicher Mann, mit dem ganzen medienburgischen Ständeschwundel so rasch wie möglich Schluss machen. Einstweilen aber halten die Ständischen ihre Herrschaft noch in festen Händen, wie aus folgendem offiziellen Bericht über eine ihrer letzten Geheimsitungen hervorgeht:

„Wegen des Ueberlehrs Sivlovich wird darauf hingewiesen, daß derselbe wiederholt bei Berreden für die 7. Kriegsanleihe Verurtheile getan hat, die geeignet sind, das Durchhalten und den Siegeswillen des Volkes zu mindern und unvereinbar sind mit seiner dienstlichen Stellung. Die Gebildung eines willensstarken, alles Schwere der Zeit ertragenden und vaterländisch gefinnenen Lehrkörpers erscheint bedauerlich gefährdet. Stände beantragen deshalb baldmöglichste Entfernung des Ueberlehrs Sivlovich aus seinem Amt durch Disziplinarverfahren oder Pensionierung mit vollem Gehalt.“

Das ist nicht der erste Beweis nobler Gesinnung, den Herr Sivlovich von seinem ihm angeflammten Landtag erhält. Schon im Vorjahr wurde allen Seminarlehrern eine Zulage gewährt, hoch Herr Sivlovich nicht. Man fragt entsetzt, wie wohl die Seminarlehrer aussehen müssen, die dieser Landtag nicht maßregelt, sondern mit Zulagen bedenkt und was für ein Lehrgeschlecht sie wohl heranzubilden!

Man hat zu lange über Medienburg gelacht. Man muß es endlich ernst nehmen. Früher wird man den Schandfleck nicht los!

Last sie betteln gehen?

Die Not der Kriegsbeschädigten.

Durch einen Teil der Presse geht folgendes von W. L. V. verbreitete Notiz:

Last sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind. „Daily Mail“ vom 28. November enthält folgende Notiz: „Die Polizei ist beauftragt worden, verwundete Soldaten, welche betteln gehen, indem sie auf der Straße Musik machen oder Bilder zeichnen, festzusetzen.“

Die Notiz wird zum Zweck antienglischer Stimmungsmache verbreitet, obwohl doch jedermann weiß, daß es bei uns genau so ist. Irreführend ist nur für beide Fälle die Ueberschrift. Man läßt sie eben, wenn sie hungrig sind, nicht betteln gehen, weder in London noch in Berlin. Aber hungrig sind sie doch! Und wenn der Vaterlandsverteidiger mit der Drehsorgel noch nicht zu den Begleiterscheinungen dieses Krieges gehört, so ist das ein Verdienst nicht der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern der Ordnungspolizei.

Die Krise der Ernährungspolitik.

Zusammentritt des parlamentarischen Beirats.

Für die nächste Sitzung des Ernährungsbeirats sind zwei Tage in Aussicht genommen. Am Freitag, den 21. Dezember kommt zur nächst Die Verschiebung von Lebensmitteln im großen zur Verhandlung. Die Veröffentlichung der Denkschrift des Reichsanwalts über den ungeheuren Umfang des Schleichhandels zeigt, wie dringend notwendig durchgreifende Maßnahmen gegen diese Entartung unseres Wirtschaftslebens sind. Nicht weniger tief einschneidende Beschlüsse werden bei der Beratung der allgemeinen Lage unserer Lebensmittelversorgung zu fassen sein, die als weiterer Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung steht.

Es lebe die Ungefehllichkeit!

Überall ist „Neudank“.

Man schreibt uns vom Rhein: Begeistert, man hat also gegen einen Oberbürgermeister, den von Arefeld, Straßentag gestellt. Seine sämtlichen Kollegen in Deutschland werden zittern. Sind sie doch alle in gleicher Schuld und Fehle, auch die Herren, die nicht nur das Verdienstkreuz, sondern auch das Eisene Kreuz am weißen Bande für hervorragendes Durchhalten in der Heimat tragen. Die Neudanker Janfaxe bot ja für seinen Kundigen etwas Neues, neu war nur, daß endlich ein preussischer Magistrat den Stand auf sich herausforderte. Nichts ist bezeichnender als folgende lausliche Scene in einer Sitzung der Lebensmittelräte einer deutschen Großstadt unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters:

Es fehlt an Gemüse und was herankommt, kostet Wunderpreise. Versorgungsverträge sind ausreichen zu den geschlichen Höchstpreisen abgeschlossen. Die Vertragspflichtigen pfeifen aber auf die Erfüllung der Verträge, weil ihnen große Werke und Stadtgemeinden bis zum Doppelten und mehr der Höchstpreise bieten. Trotz aller Verträge: wer am meisten zahlt, erhält die Ware. Den größten Vorsprung haben die Städte und Gemeinden, die den ländlichen Erzeugern Dünge noch dazu liefern können. Die Herren Stadträte hören das Klagegeschrei des Stadterhauptes und äußern einmütig ihre Meinung dahin, daß dann eben auch der Herr Oberbürgermeister nach Kräftigen Schiedungen und Geheißüberweisungen machen müsse, um Ware zu bekommen. Der Oberbürgermeister zaudert eine Weile, dann spricht der höchste Beamte der Stadt, der Chef der Polizei, der Vorsitzende der Preisprüfungsstelle, dessen Name unter ungezählten Höchstpreisverordnungen steht, dieses Wort gefassen aus:

Meine Herren, seien Sie überzeugt, was an ungefehllichen Mitteln angewendet werden konnte, um Lebensmittel heranzuschaffen, ist geschehen!

Dankbare Zustimmung bei den Stadträten. Der Oberbürgermeister aber ging in sein Amtszimmer — vielleicht um seinen Posteingang zu untersuchen, auf dem nächsten Wochenmarkt besonders scharf aufzupassen, ob keine Hahnen oder Bauerfrau die Höchstpreise überschreite. . .

Zur Milchversorgung der Hunde.

Der Milchmangel verhärtet sich jeden Tag mehr. Im günstigsten Falle ist in den Städten die Milch für Kinder bis zu sechs Jahren und für Schwerkranken sichergestellt. In zahlreichen Städten ist nicht einmal dies zu verwirklichen. Zur

selben Zeit veröffentlicht ein Fachblatt für Hundezucht eine Anzeige, die „einen Wurf von 0,5 Melken“, hochedle Viecher mit feindlichem Stammbaum, wie folgt, anpreist:

„Wegen meiner Einberufung hat sich in hochherziger Weise der Vorsteher des Lokomotivparks Köln bereit erklärt, den Wurf groß zu ziehen und stehen ihm hierfür täglich 4 bis 5 Liter Ziegenmilch zur Verfügung. Die Abgabe der Tiere erfolgt erst nach einem Alter von 8 Wochen, eine Maßnahme, die ich bei der Aussicht im Interesse der Tiere, wegen der mir zur Verfügung stehenden Milch, getroffen habe.“

Bei der täglichen Verfütterung einer solchen Milchmenge wird man der Versicherung des Züchters, daß die Tiere „selten stark entwickelt“ sind, aufs Wort glauben. Von unzähligen Kindern, denen die Milch fehlt, läßt sich leider nicht das gleiche sagen.

Preußen in Not!

Der Preußenbund ist wieder da! Mit einem beweglichen Ausruf wendet er sich „an alle treuen Freunde Preußens“. Das Vaterland ist in Gefahr! Heimlich und offensichtlich vor aller Welt, drinnen und draußen, sind starke Mächte am Werke, den stolzen Bau Preußen-Deutschlands zu unterhöhlen und zu Falle zu bringen. Unter dem heuchlerischen Vorgeben der Befreiung von einem Joch, unter dem wir gar nicht schmachten, soll uns die Blasenleiste der internationalen Demokratie, das heißt einer schrankenlosen Gewalt-herrschaft, um den Hals gelegt werden! — „Unter dem wir gar nicht schmachten“, der Satz gefällt uns gut. Der Ausruf ist nämlich unterzeichnet von einem Hundert Tausenden, Rittergutsbesitzern, Fabrikdirektoren, Landräten usw. Daß diese Herren unter dem preussischen Joch „schmachten“, das zu behaupten, ist uns wirklich in unsern kühnsten Träumen nicht eingefallen. Genau so gut könnten wir auch sagen, daß die Krapp, Borsig, Rathenau usw., unter dem Joch des Kapitalismus geschmachtet hätten! — Noch eine Stichprobe: „Reißt den Verführer die Maske herunter, die mit hohen Redensarten von angeblichen Rechten das Volk bedauert, und deren freibühlerischer Daniel nichts anderes als Anrecht auf seinen gleichenden Heilen birgt!“ Das zwingt uns, die Herren Unterzeichner zu mahnen, das Maul doch nicht gar zu voll zu nehmen. Denn unter ihnen befindet sich z. B. auch der Pastor D. Philipp, der öffentlich Gott für den Krieg gedankt hat, ferner der Fürst zu Salm-Horstmar, der bekannte Adlonier, der im August prophezeigte, daß binnen weniger Monate unsere Feinde bestige vor uns auf den Arion winkeln würden, ferner der „Dichter“ Max Deuer (was will der Schiffe aus Laubegast im Preußenbund?), und noch mancher andere, der über „hohle Redensarten“ sicher am wenigsten Grund hat, andere Leute Vorwürfe zu machen.

Das Urteil im Prozeß Schoendorff.

Freigesprochen!

Nach langer Beratung verurteilte der Vorsitzende gestern nachmittags folgendes Urteil: Der Angeklagte Speiditeur Hugo Daniels wird wegen einer falschen Auskunft gegenüber der Düsseldorf-Freispruchsstelle zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle im Nichtermögensfalle für je 15 M. ein Tag Gefängnis tritt. Diese Strafe wird durch die bereits verhängte Unterladungshaft als erledigt angesehen. Die Angeklagten Kommerzienrat Hermann Schoendorff, Fabrikbesitzer Albert Schoendorff und die Kaufleute Caapmann, Heusch und Genius werden von der Anklage des Kriegswunders und der Untreue gegenüber dem Roten Kreuz freigesprochen. Der Angeklagte Daniels wird von der Anklage des Kriegswunders gleichfalls freigesprochen.

Zu der Verhaftung des Vorstandes der „Unabhängigen“ in Köln erklärte die dortige zuständige Behörde, daß die Maßregel mit der politischen Tätigkeit der Verhafteten für die U. G. nichts zu tun habe. Es handle sich nicht um eine Aktion gegen die U. G. Die Angelegenheit bleibt also einstweilen ganz rätselhaft. Baldige Aufklärung ist dringend erwünscht.

Nationalliberale Arbeiter gesucht! Zu dem sehr zahlreichen Provinzialvorstand der Nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz sind alle möglichen kapitalistischen Kreise vertreten. Arbeiter fehlen aber gänzlich. Dem Zuge der Zeit folgend, gedenkt man nun endlich auch einige Arbeiter als jährliche Beigabe in den Vorstand aufzunehmen. Nationalliberale Arbeiter sind aber seltene Gewächse. Wie in der Nr. 12 der „Nationalliberalen Korrespondenz“ mitgeteilt wird, sind aus der ganzen Provinz nur drei Vorschläge eingelaufen. Aber auch diese drei Arbeiter müssen noch näher auf das Vorhandensein wirklich nationalliberaler Gesinnung geprüft werden. Es wurde nämlich beschlossen, vor ihrer Aufnahme in den Vorstand noch einige Feststellungen hinsichtlich der Stellungnahme der Vorgesetzten zu den bestehenden Arbeiterorganisationen zu den bestehenden Arbeiterorganisationen zu veranlassen. Wenn nun die drei einzigen nationalliberalen Arbeiter die Prüfung nicht bestehen? Dann wird man ein Preisauschreiben auf die Entdeckung ganz wirklich nationalliberaler Arbeiter veranlassen müssen.

Letzte Nachrichten.

Fernflug Berlin—Moskau.

Berlin, 19. Dezember. Der Fliegerhauptmann Hans Giese ist von Berlin auf dem Luftwege in Moskau eingetroffen. Er hat die Strecke von 10 Tagen in 34 Luftstunden zurückgelegt. (Die Entfernung Berlin—Moskau beträgt in der Luftlinie rund 3600 Kilometer. Der Flug des Hauptmann Giese stellt sich somit als eine der außerordentlichsten Leistungen auf dem Gebiet des Fernflugs dar.)

Freiheit der Meere . . .!

Konstantinopel, 18. Dezember. Die die Wälder malen, sind einige Segelschiffe und andere kleine Fahrzeuge bereits aus dem Hafen von Konstantinopel, sowie aus den Häfen des Schwarzen Meeres ausgelaufen. Die türkische Segelschiffahrt wird demnach im Schwarzen Meere den Dienst für den Reisenden- und Warentransport wieder aufnehmen.

Ägypten fordert Selbstbestimmung.

Stockholm, 18. Dezember. Der Präsident der ägyptischen Nationalpartei, Mohammed Farid Bey, rief am 18. Dezember, als dem Jahrestag der Besetzung Ägyptens durch die Engländer, einen Aufruf an die Regierungen aller Länder, in dem er das Recht des ägyptischen Volkes nachzuweisen sucht, einen eigenen, selbständigen Staat zu bilden. Das Schriftstück führt aus, daß die ägyptische Nation bereit sei, selbst durch Abstimmung über ihr Los zu entscheiden, aber erst, nachdem sich die englischen Besatzungstruppen aus ihrem Land zurückgezogen hätten. Die Abstimmung könne dann durch neutrale Kommissare überwacht werden.

Außerordentlicher Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Hannover, 18. Dezember.

In der Diskussion über die Geschäftsberichte nahmen zunächst Vertreter der Opposition das Wort. Delegierte aus Berlin, Gotha, Frankfurt, Essen, Maastricht, München und Tübingen. Kritik wurde besonders der Zeichnung von Kriegsanleihe durch den Vorstand, der Beitritt der Gewerkschaften zum Bund für Vaterland und Freiheit, die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und die Abgabe der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ an Stelle der „Gleichheit“ für die weiblichen Mitglieder. Die Kritiker wichen aber in ihren Ausführungen erheblich von einander ab. Die allgemeine gewerkschaftliche Kriegskritik wurde nur von einzelnen Rednern beanstandet, die für den Antrag aus Gotha eintraten, in Anbetracht der Haltung der Generalkommission gegenüber den Regierungskörperschaften und Sozialisten im allgemeinen die Vertragsleistung an die Generalkommission solange einzustellen, bis der Klassenkampfcharakter zwischen Arbeit und Kapital wieder hergestellt ist. Hermann Wipplinger betonte, die Arbeiterbewegung habe nicht verstanden, daß man bei Kriegsausbruch den Behörden alle Rechte zur Steigerung der Produktion ausgeteilt habe und die Arbeiteranforderungen aufgeben ließ. Die Frauen müßten heute bis zu 24 Stunden, Jugendliche bis zu 18 Stunden täglich arbeiten, da könne man nicht mehr vom Schutze der Arbeiter sprechen. Das habe bei der Masse eine Empörung hervorgerufen.

Weitere Redner, Delegierte aus Köln, Halle, Hamburg u. a., verteidigten die Maßnahmen des Vorstandes und die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Sie hoben besonders hervor, daß, obwohl das Hilfsdienstgesetz ein Zwangsgesetz sei, es für die Arbeiterkraft doch auch Vorteile gebracht habe. Es müsse auch berücksichtigt werden, daß bei Ablehnung des Gesetzes die Betriebe eventuell militarisiert worden wären. In der Ernährungsfrage sei von den Organisationsleitungen alles getan worden.

Im Schlußwort am 19. Dezember auf die vorgebrachten Einwände ein. Die Zeichnungen von Kriegsanleihe könne er nicht als Fehler betrachten, der Vorstand nehme aber von der Verantwortung Kenntnis. Der Bund für Vaterland und Freiheit sei eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Kräfte gegenüber innerer und äußerer Reaktion. Redner richtete die Haltung der Generalkommission für die Erringung eines besseren Schutzes der Frauen und Jugendlichen hätten die Gewerkschaften alle gangbaren Wege beschritten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Gotha mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt und dem Vorstand einstimmig Entlassung erteilt.

Über die Lage des Verbandes und seine Aufgaben sprachen zwei Referenten. Der erste, Reichstaatsabg. Brey, behandelte in großräumiger Weise die wirtschaftspolitische Seite und dabei besonders den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Der Krieg brachte die wertvollsten Stille- und Zusammenlegung von Betrieben; wir haben ganze Industriezweige, bei denen es zum Zusammenbruch gekommen ist. Es wird eine gewisse Zeit vergehen, um die Fülle an Rohstoffen nach Deutschland wieder zu ermöglichen. Dazu kommt der große Mangel an Schiffraum, der bei der Verschiffung von Rohstoffen stark in Erscheinung treten wird. Bei der Verteilung der Rohstoffe wird man zu dem System der Rationierung kommen müssen. Bei der Ubergangswirtschaft müssen die Vertreter der Gewerkschaften anerkannt werden. Bei Friedensschluß hat Deutschland einen unabweisbaren Aufnahmehunger. Es sind nicht nur die Rohstofflager geleert worden, sondern auch die Warenlager. Die internationale Konkurrenz wird den deutschen Unternehmern zu schaffen machen. Wir haben darauf zu achten, daß sie die Wände nicht herabdrücken. Das Unternehmertum wird vielleicht versuchen, durch gesetzliche Eingriffe den Arbeitsmarkt zu gestalten, daß er zugunsten der Unternehmer wirken muß; die Auswanderung zu unterstützen, die Einwanderung zu fördern. Wir haben beiden Verboten zu begegnen.

Durch die zu erlösenden Arbeitskammern glaubt Brey, daß manche Konflikte mit den Unternehmern gelöst werden. Er beipflichtet den Forderungen der Arbeiter an die Gesetzgebung: uneingeschränktes Koalitionsrecht, Vereinfachung aller Beschränkungen auf dem Gebiete des Vereinigungsrechtes, Ausbau des Arbeitsschutzes usw. Redner schließt mit der Aufforderung, die Organisation so auszubauen, daß sie mit größerer Macht und größerem Einfluß an die kommenden Dinge herantreten kann. Es müsse jeder arbeiten für eine geschlossene, eine einigte Organisation. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Referent, Thiemig-Hannover, behandelte die organisatorische Seite, den Ausbau des Verbandes und Unterstützungsmitteln. Er bemerkte zum Schluß, daß eine Beitragserhöhung nötig ist, um für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein.

Da diesem Veranlassungspunkt wird nun die Statutenberatung beabsichtigt. Für die Kommission berichtet Erwin-Berlin. Diese empfiehlt, keine Stufenbeiträge einzuführen, sondern es bei dem bisherigen System des Einheitsbeitrages zu belassen. Er schlägt eine Erhöhung der Beiträge um 15 bzw. 20 Pf. für die männlichen, um 10 Pf. für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder vor. Das Eintrittsgeld soll von 50 Pf. auf 1 M. erhöht werden. Bei den Unterstützungen soll die Bezugszeit und die Höhe eine Erhöhung finden.

Die Verhandlungen werden auf Mittwoch verlagert.

Abonniert zum 1. Januar auf eure Wochenzeitung „In Freien Stunden“.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausbruch für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die gesamten Angestellten der A. G. O.-Werke hatten vor längerer Zeit ihre Forderungen auf Aufbesserung ihres Einkommens, die im Betrieb zu einer Verändingung nicht geführt hatte, dem Kriegsausbruch zur Erledigung übergeben. Nachdem in dieser Sache mehrere Termine stattgefunden haben, ist es nunmehr zu folgendem Vergleich gekommen:

Das Einkommen aller verbleibenden Angestellten wird mit Wirkung vom 1. Januar 1918 für Verheiratete um 25 M., für Unverheiratete um 15 M. und für jedes Kind um 10 M. im Monat erhöht.

Tabei bleibt es der A. G. O. unbenommen, die Erhöhung in Form von Feuerungszulagen oder Gehaltszuschlag zu bieten.

Auch können alle seit einschließend 1. Oktober in Kraft getretenen Einkommenserhöhungen auf diese Zulage angerechnet werden unter Ausschluss der im Monat Dezember gewährten besonderen Feuerungszulagen.

Die technischen und kaufmännischen Angestellten der Firma Dr. H. forderten eine Feuerungszulage, wobei trotz aller Vermittlungen im Betrieb eine Regelung nicht möglich war. Der Kriegsausbruch hat in dieser Sache folgenden Sachverhalt geklärt: Bei einem Einkommen bis zu 330 M. monatlich wird eine Feuerungszulage von 35 M. monatlich gezahlt. Verheiratete außerdem 20 M. und für jedes Kind 15 M. im Monat. Bei einem Einkommen von über 330 M. soll die Feuerungszulage 10 Proz. betragen und außerdem für Verheiratete 20 M. und für jedes Kind 15 M. Diese Sätze gelten ab 1. Dezember 1917.

Der Schlosser Sch. aus einem technischen Betriebe in Spandau hat neben seiner Beschäftigung in diesem Betriebe noch eine eigene Werkstatt, in der eine Anzahl Arbeiter beschäftigt werden. Da dieser Betrieb keine ständige Aufsicht länger unterbreiten kann, möchte Sch. einen Ablehrschrein, um seinen eigenen Betrieb leiten zu können. Der Spandauer technische Betrieb lehnt die Erteilung eines Ablehrschreines ab. Der Kriegsausbruch stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn Sch. nicht wieder in ein Arbeitsverhältnis eintreten will, sondern lediglich selbständiger Gewerbetreibender wird, bedarf es keines Ablehrschreines.

Rusland.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1916 hat, wie aus der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ zu entnehmen ist, im dritten Kriegsjahre einen erneuten Aufschwung zu verzeichnen, während sie in den ersten beiden Kriegsjahren einen erheblichen Mitgliederrückgang erlitt. Im letzten Friedensjahre 1915 zählte der Gewerkschaftsbund 89 308 Mitglieder; das erste Kriegsjahr reduzierte diese Zahl auf 74 675 und das zweite gar auf 65 177, während nun das dritte eine Steigerung auf 88 648 brachte. Für das Jahr 1917 wird mit einer großen Aufwärtsbewegung auf 130 000 Mitglieder gerechnet. Das Vermögen der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug 4 274 598 Fr. gegen 3 629 940 Fr. im Jahre 1915. Im Berichtsjahre kamen 814 Lohnbewegungen und Streiks vor, wovon die schweizerische Gewerkschaftsbewegung ihre Rekordziffer erreicht hat.

Parteinachrichten.

23. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Rheinpfalz.

Nach vierjähriger Pause, die durch den Krieg bedingt war, fand am 16. Dezember in Neustadt a. R. der 23. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Rheinpfalz statt. Neustadt a. R. ist für die Partei der Pfalz historischer Boden. Vor 28 Jahren schlossen sich hier die von August Dreesbach und Franz Jos. Ehrhardt geleiteten pfälzischen Genossen trotz sozialistischer Verfolgung zur ersten Arbeiterorganisation zusammen. 23 Jahre später überbrannte den ganzen Ort ein Reich von Parteimitgliedern, geleitet von zwei Sekretariaten; die Genossen eroberten von 6 Reichstagswahlkreisen 2, sendte 6 Vertreter in den bayerischen Landtag und haben — durch einer freibeitlichen Gemeindeordnung — in den Gemeindeverwaltungen großen Einfluß und haben Bürgermeister- und Adjunkten (Vollgeordneten) Posten inne. Ohne den Krieg hätte die Partei an ihrem 23. Vorstand stolz auf ihre erfolgreiche Arbeit zurückschauen können. Aus dem Geschäftsbericht über die verfloßenen vier Jahre geht indes hervor, daß der Stand der Organisationen stark gelitten hat. Rund 10 000 Parteimitglieder sind zum Deereabschluß eingezogen. Selbsterhaltung, Standrecht und verstärkte Bekämpfung der Versammlungsfreiheit behindern die Agitation und die Fortschritt des Wirtes des Ludwigshafener Parteiblattes. Trotz all dieser Umstände war der Vorstand von bestem Geiste belebt und trotz des Rückganges der Organisationen waren 82 Delegierte anwesend. Die allgemeine Aussprache über die Politik der Partei und ihre nächsten Aufgaben ergab Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Würzburger Parteitag. Förderung der Friedenspolitik, Zurückdrängung und Bekämpfung des Einflusses der Eroberungspolitiker und Fortentwicklung der Verfassungsgutstände im freibeitlichen Sinne sind neben der Stärkung und Ausbreitung der Organisation die Hauptaufgaben der Partei, denen auch die Pfälzer Genossen sich zu widmen geloben. Die Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen hält der Vorstand für eine deutsche Angelegenheit und für unaufschiebbar, und berichtet den preussischen Genossen in ihrem Kampfe dafür nicht nur alle Sympathie, sondern jede erforderliche Unterstützung. Die Agitation der Unabhängigen, die sich auch in der industriellen Vorberpfalz bemerkbar macht, bisher allerdings mit sehr wenig Erfolg, fand einschlägige Zurückweisung. Mit dem Gelübde, treu zusammenzubasteln, für

Ausbreitung der Partei und ihrer Presse eifrig tätig zu sein, damit die Arbeiterbewegung den erhöhten Anforderungen nach Friedensschluß gewachsen ist, schloß die Sitzung.

Fortschritt auf dem Lande. Am 16. Dezember tagte im Volksbause zu Köln eine Konferenz der Vertrauensleute der ländlichen Orte des Wahlkreises Adm-Land. Die Zahl der Zeitungsbesitzer unseres Parteiblattes hat sich seit Dezember 1915 auf dem Lande vervielfacht. Auch die Parteiorganisation macht gute Fortschritte. In manchen Orten des Industrie- und ländlichen Wahlkreises haben sich infolge der Gegenarbeit der katholischen Geistlichkeit noch keine Sätze zur Verfügung. Es wurde beschlossen, im Laufe des Monats Januar in möglichst vielen Dörfern Versammlungen über die Wahlrechts- und die Ernährungsfragen abzuhalten.

Industrie und Handel.

Krupp.

Essen (Ruhr), 18. Dezember. Die heutige Generalversammlung der Fried. Krupp A.-G., Essen, genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1916/17.

Der Betriebsführer der sämtlichen Werke der Firma stellt sich (inkl. Zinsen usw.) auf 108 891 595 M. (i. V. 103 383 254). Hierin gehen ab für: Steuern, einschließlich Kriegsteuer, 30 599 115 M., gesetzliche Angestellten- und Arbeiterversicherung 8 803 854 M., Wohlfahrtsausgaben einschließlich Kriegsbeihilfen 23 712 170 M. (An Kriegsbeteiligungen sind im ganzen 10 438 870 M. vorausgesehen.) Zusammen betragen die Ausgaben 62 915 139 M.

Nach Abzug derselben ergibt sich aus dem Geschäftsjahr 1916/17 ein Reingewinn von 40 976 456 M.; hierzu tritt der Ueberschlag aus dem Vorjahr mit 11 002 121 M., so daß die Generalversammlung über den Betrag von zusammen 51 978 577 M. Beschluß zu fassen hatte.

Von dem Reingewinn sollen 5 Proz. = 2 598 828 M. (i. V. 2 482 565) der gesetzlichen Rücklage zu. Die Sonderdividende wird um 5 Millionen Mark (i. V. 2 Millionen Mark) vermindert, und für besondere Abklärungen und Erneuerungen werden weitere fünf Millionen Mark (i. V. 5 Millionen Mark) bereitgestellt. Die Dividende für 1916/17 ist auf 10 Proz. festgesetzt (im Vorjahr 12 Proz.).

Von den Beamten und Arbeitern der Firma Krupp sind bisher rund 82 000 ins Feld gezogen.

Amerika versorgt die Schweiz mit Getreide.

Bern, 18. Dezember. (Nachricht der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Das Schweizer Volkswirtschaftsdepartement teilt mit: Der Bundesrat genehmigte am 5. Dezember das in Paris zwischen den Schweizerischen Unterhändlern und den Delegierten der Vereinigten Staaten abgeschlossene Abkommen. Durch die Erklärungen der amerikanischen Delegierten wird der Schweiz die Lieferung ihres notwendigen Bedarfs an Brotgetreide, das in den letzten Monaten nur in ganz ungenügenden Mengen hereinkam und dessen Beschaffung zu ersten Verfürchtungen Anlaß gab, gesichert. Das amerikanische Kriegs-Handelsamt hat die Garantie übernommen, der Schweiz bis zur nächsten Ernte 240 000 Tonnen Brotgetreide zu liefern, wovon $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ Weizen sein soll. Alle zwischen der Schweiz und den Staaten der Entente getroffenen Vereinbarungen, namentlich auch die bestehenden und künftigen Kontingente der Société de Surveillance Suisse und die sonstigen diese Gesellschaft betreffenden Bestimmungen werden von den Vereinigten Staaten anerkannt. Amerika wird künftig in die internationale Kontingentskommission in Paris und in die für den Verkehr zwischen den Regierungen der Entente-Staaten und der S. S. bestellte interalliierte Kommission in Bern je einen Vertreter entsenden.

Für die wichtigsten Waren, hinsichtlich welcher die Schweiz auf Amerika angewiesen ist, wurden spezielle amerikanische Kontingente vereinbart, in dem Sinne, daß das amerikanische Kriegs-Handelsamt im Rahmen dieser Spezialkontingente die Ausfuhrbewilligungen erteilen wird, soweit die eigenen Bedürfnisse Amerikas und seiner Alliierten dies zulassen. Die amerikanischen Kontingente werden berechnet vom 1. Oktober 1917 bis 30. September 1918. Das Kontingent beträgt für Weizen und Roggen 300 000, für Hafer 120 000, für Gerste 81 500, für Mais 140 000, für Getreide 46 000 und für Zucker 60 000 Tonnen.

Eingegangene Druckschriften.

- Theodor Storm. Von Alfred Dieck. 2. Aufl. 2,50 M. — Oese u. Oeder, Leipzig.
- Meine Kriegsgedichte. Von Hans Meyniger. 2,60 M. — Verlagshausbuchhandlung „Sivaria“ Graz und Wien.
- Gesammelte Schriften von Alfred Kerr. Erste Reihe in 5 Bänden: Die Welt im Drama. Geb. 30 M. S. Fischer, Berlin.
- Politische Demokratie und nationale Autonomie. Rede des Hrn. Dr. Kemmer auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Vesterfeld zu Wien 1917. 60 Heller. Neues Brand u. Co., Wien.
- Durch den Volksfrieden zum Völkerrfrieden. Von Erich Rothe. 10 Pf. — Dehmann u. Sohn, Berlin.
- Soziale Wegweisendigkeiten. Von Prof. Dr. Ernst Staedinger. 1,80 M. — Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg.
- Die Theorie des deutschen Volkstums. Von Dr. Karl Lamp. 2,50 M. — A. C. S. Wäbe, Tübingen.
- Wahlrecht und Demokratie in Deutschland. Von Prof. Max Weber. 1,20 M. — Buchverlag der „Dike“, Berlin-Schöneberg.
- Als ich noch im Abseits war. Von Albert Rehm und Martin Preßler. 25 Pf. — Neclm, Leipzig.

Verantwortlich für Politik: Erich Kästner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Neustadt a. R. für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Friedrichs-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stellen 1. Klasse und Umverteilungskont.

Urahne, Großmutter, Mutter u. Kind,

----- bei C & A
treue Kunden sind!

C & A

Rönigstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseest. 113
Zehn Ostliner Anbahn
Sonntags geschlossen

